



Ausgabe 01/2016 vom 18. März 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Spannung erwartet wurde in dieser Woche die Veröffentlichung des Bundesverkehrswegeplans, durch den sich unter anderem die Zukunft des A1-Lückenschlusses und anderer, zum Teil jahrelang vor Ort geplanter Straßenbauprojekte konkretisiert. Für den Wahlkreis 92 birgt der Referentenentwurf Licht und Schatten. Die gute Nachricht: Durch die Einstufung in die Dringlichkeitsstufe „Vordringlicher Bedarf“ ist die Finanzierung des A1-Lückenschlusses gesichert. Ein Selbstläufer ist das Projekt damit aber noch lange nicht. Lesen Sie mehr dazu auf den kommenden Seiten.

Wie (un-) sicher sind die belgischen Kraftwerke Tihange und Doel tatsächlich? Mit dieser Frage befassen sich seit einigen Wochen wieder besorgte Bürger, Umweltverbände, Sicherheitsexperten und Politiker in Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Hier besteht akuter Handlungsbedarf und ich sehe die EU in der Pflicht. Eine aktuelle Bestandsaufnahme liefert der nachfolgende Bericht.

In der Folge widmen sich zwei Beiträge dem wichtigen Thema „Innere Sicherheit“. Hierzu tagte der gleichnamige Arbeitskreis der CDU des Kreises Euskirchen. Als Referent konnte AK-Vorsitzender Karlheinz Hösgen den Sicherheitsexperten Friedrich Karl Schrader gewinnen. Im Bereich der Kriminalprävention rückt zunehmend auch das Thema „Wohnungseinbrüche“ in den Fokus. Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist kürzlich ein neues KfW-Förderprogramm gestartet. Alles Wissenswerte rund um die Förderdetails finden Sie im vorliegenden Newsletter.

„Kinder sind keine Soldaten!“ Mit großem Erfolg macht die Kinderkommission des Deutschen Bundestages jährlich im Rahmen der „Aktion Rote Hand“ auf Kinderrechtsverletzungen aufmerksam und setzt sich mit zahlreichen Initiativen gegen die Missstände ein. Gemeinsam mit vielen Abgeordneten-Kollegen setzten wir beim Aktionstag ein wichtiges Zeichen.

Eine große Überraschung hielt kurze Zeit später für meine Kollegen und mich dann die sechstägige Delegationsreise in die USA bereit: Wir wurden offiziell zu Ehrenbürgern von Nebraska ernannt.

Engagement und Initiative stehen für das politische Wirken der Jungen Union Rhein-Erft. Ihr Motto: Frischer Wind und junge Politik von Bedburg bis Wesseling. Ihre Ziele? Schauen Sie selbst.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Herzliche Grüße



Finanzierung des A1-Lückenschlusses sichergestellt



Für den Fall, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz nicht bis August 2016 das Planfeststellungsverfahren für den Teilabschnitt der A1 zwischen Adenau und Kelberg einleitet, hat Detlef Seif eine Demonstration in Mainz angekündigt. Das Foto zeigt Detlef Seif, MdB, Patrick Schnieder, MdB und weitere Teilnehmer bei einer Demonstration in Düsseldorf. Foto: Büro Seif.

Mit Spannung erwartet wurde in dieser Woche die Veröffentlichung des Bundesverkehrswegeplans. Denn Straßenbauprojekte, die vor Ort nicht selten über Jahrzehnte hinweg diskutiert und geplant werden, haben nur dann eine Chance auf Realisierung, wenn sie in eben diesem Plan auf der Prioritätenliste ganz oben stehen. Seit vielen Jahren schon hat Detlef Seif gemeinsam mit seinem rheinland-pfälzischen CDU-Kollegen, Patrick Schnieder MdB, in Berlin auf den A1-Lückenschluss zwischen Blankenheim und Kelberg gedrängt. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat den A1-Lückenschluss im neuen Bundesverkehrswegeplan wieder in die Dringlichkeitsstufe „Vordringlicher Bedarf“ eingestuft.

In den Augen des Weilerswister Bundestagsabgeordneten wäre eine Einstufung in die höchste Dringlichkeitsstufe „Vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung“ zwar wünschenswert gewesen, allerdings sichere bereits die Einstufung als „Vordringlicher Bedarf“ die Finanzierung des A1-Lückenschlusses. Zwar sei man in der „unendlichen Geschichte“ jetzt endlich einen Schritt voran, die Einstufung in die zweithöchste Kategorie sei jedoch alles andere als ein Selbstläufer. Detlef Seif: „Das Verfahren zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans hat gerade erst begonnen. Es ist besonders wichtig, dass sich Bürger, Pendler, Unternehmer und Verbände, die unter der jetzigen Situation leiden und sich seit Jahren für den Lückenschluss engagieren, aktiv beteiligen.“

Der neue Bundesverkehrswegeplan wird unter einer deutlich erweiterten Öffentlichkeitsbeteiligung erarbeitet. Vom 21. März bis zum 2. Mai 2016 kann jeder eine Stellungnahme an das Bundesverkehrsministerium abgeben. Diese muss entweder schriftlich oder über ein Online-Formular, welches auf der Seite www.bvwp-projekte.de verfügbar ist, erfolgen. Faxe oder Emails sind nicht zugelassen.

Detlef Seif weist ausdrücklich darauf hin, dass bereits bislang die Finanzierbarkeit des Vorhabens gesichert war. Die Landesregierungen in NRW und Rheinland-Pfalz stehen in der Pflicht, möglichst zügig für das erforderliche Baurecht zu sorgen. Detlef Seif: „Wenn es in der Vergangenheit zu Verzögerungen kam, lag dies nicht an fehlender Finanzierung, sondern daran, dass die Grünen Sand ins Getriebe geworfen haben. Die Grünen in Rheinland-Pfalz haben sich in ihrem Wahlprogramm jetzt auch ausdrücklich gegen jede Art von Straßenneubau ausgesprochen. Im Interesse eines schnellen A1-Lückenschlusses hoffe ich, dass die Grünen an der nächsten Landesregierung in Rheinland-Pfalz nicht mehr beteiligt sind.“

Für den Fall, dass das Land Rheinland-Pfalz das Planfeststellungsverfahren für den 10,5 km langen Teilabschnitt zwischen Adenau und Kelberg nicht bis spätestens August 2016 einleitet, hat Detlef Seif auf dem jüngsten „A1-Forum“ in Daun die Durchführung einer „Pro-A1-Demonstration“ angekündigt. Detlef Seif: „Es ist völlig unverständlich und unüblich, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz das Planfeststellungsverfahren für dieses Teilstück nicht schon längst eingeleitet hat, obwohl der Bundesverkehrsminister bereits im August 2014 den Vorentwurf genehmigt hat. Wenn das Land Rheinland-Pfalz jetzt nicht in die Gänge kommt, wird es Zeit für eine Demonstration in Mainz.“

Alles in allem birgt der Referentenentwurf für die Bürger im Wahlkreis 92 Licht und Schatten. Seif freute sich sehr, dass auch die „Ortsumgehung Roggendorf“ in die zweithöchste Kategorie eingeordnet wurde, womit ein Bau innerhalb der Laufzeit des Bundesverkehrswegeplans bis 2030 in den Bereich des Möglichen gerückt ist. Enttäuscht ist der Weilerswister Bundestagsabgeordnete über die Tatsache, dass die Bürger in Weiler in der Ebene bis 2030 keine Ortsumgehung erhalten sollen, denn dieses Vorhaben wurde in die Kategorie „Weiterer Bedarf“ eingestuft. Wenig besser ergehe es den Bürgern, die sich eine Ortsumgehung Kuchenheim (B56) wünschen. Mit dem Vermerk „Weiterer Bedarf*“ könne auch dieses wichtige Projekt nicht zeitnah in Angriff genommen werden. Seif empfiehlt, sich aktiv in das weitere Verfahren einzubringen. Bis zum 2. Mai 2016 haben alle Bürger die Möglichkeit, Anregungen und Beschwerden beim Bundesverkehrsministerium vorzulegen. Detlef Seif wird sich in der Sache ebenfalls erneut an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt wenden.

Akuter Handlungsbedarf bei belgischen Kernkraftwerken

Wie (un-)sicher sind die belgischen Kernkraftwerke Tihange und Doel tatsächlich? Mit dieser wichtigen Frage befassen sich seit einigen Wochen wieder besorgte Bürger, Umweltverbände, Sicherheitsexperten und Politiker in Belgien, den Niederlanden und nicht zuletzt auch in Deutschland. Überall regt sich heftiger Widerstand gegen die Entscheidung der belgischen Atomaufsichtsbehörde „Federal Agency for Nuclear Control“ (FANC) von November 2015, die beiden Atommeiler Tihange 2 und Doel 3 wieder anzufahren. Zu Recht.

In der belgisch-deutschen Grenzregion Antwerpen-Lüttich-Aachen - 150 bzw. 70 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt - wurden 1975 die beiden Kernkraftwerke Tihange und Doel in Betrieb genommen. Alle sieben Reaktoren befinden sich derzeit am Netz, drei davon

sind seit 40 Jahren aktiv. Seither gab es an beiden Standorten eine Serie von Zwischenfällen und Sicherheitspannen, die vor allem in Deutschland massive Zweifel an der Sicherheit der beiden Kernkraftwerke aufkommen ließen.

Die beiden umstrittensten Atommeiler Tihange 2 und Doel 3 sind in den Medien mittlerweile als Pannenmeiler bekannt. Bereits im Jahr 2012 wurden bei Ultraschalluntersuchungen jeweils an den beiden kernnahen Schmiederingen der Reaktordruckbehälter mehrere Tausend Anzeigen gefunden. Diese wurden vom Betreiber der Kernkraftanlagen, Electrabel, auf wasserstoffinduzierte Risse, sog. Wasserstoffflocken, zurückgeführt, die bereits bei der Herstellung der Schmiederinge entstanden seien. Beide Meiler wurden daraufhin für fast ein Jahr abgeschaltet. Die belgische Atomaufsichtsbehörde teilte nach einer Prüfung lapidar mit, dass es sich dabei um ein Problem handele, das keine Gefahr für die Sicherheit der Anlagen darstelle. Die beiden Meiler wurden anschließend wieder in Betrieb genommen, im März 2014 jedoch erneut aufgrund massiver Sicherheitsbedenken stillgelegt.

2014 wurden erneut Ultraschalluntersuchungen mit optimierten Parametern an den Reaktordruckbehältern durchgeführt. Ein Vergleich der Prüfergebnisse von 2012 und 2014 zeigte kein Risswachstum. Dennoch wurden deutlich mehr kleine und im Mittel größere Anzeigen festgestellt. So haben die jüngsten Ultraschalluntersuchungen für den oberen bzw. unteren kernnahen Ring des Reaktordruckbehälters von Doel 3 etwa 1.400 bzw. 12.000 Anzeigen mit mittleren Ausdehnungen von etwa 12 bis 16mm ergeben. Für Tihange 2 ergaben sich für den oberen bzw. unteren Ring etwa 3.000 bzw. 100 Anzeigen mit ähnlichen mittleren Ausdehnungen. Maximale Ausdehnungen ergaben sich durch Überlagerung von mehreren, nahe beieinander liegenden Anzeigen. Die größten Werte sind im unteren Ring von Doel 3 mit etwa 70mm in axialer und 180mm in Umfangsrichtung bestimmt worden.

Trotz dieser massiven Sicherheitsmängel gestattete die belgische Atomaufsicht das Wiederanfahren der beiden Reaktoren. Die Inbetriebnahme erfolgte Mitte Dezember vergangenen Jahres, begleitet von massiven öffentlichen Protesten. Seither wurden drei weitere Störfälle bekannt: ein Brand im nicht-nuklearen Bereich des Reaktors 1 des Kernkraftwerks Tihange im Dezember 2015, ein Defekt an einem der Generatoren im nicht-nuklearen Bereich des Reaktors Doel 3 ebenfalls im Dezember 2015 sowie ein Schaden an einer großen Turbine im nicht-nuklearen Bereich der Anlage Doel 1 Anfang dieses Jahres. Der Betreiber der Kernkraftanlagen, Electrabel, beschwichtigte und teilte mit, dass es sich bei den Vorfällen um nichts Unnormales handele, die Ereignisse auch keine Auswirkungen auf die Sicherheit der Anlagen hätten.

Detlef Seif MdB zeigte sich entsetzt und besorgt zugleich: „Die Informationspolitik der belgischen Atomaufsicht ist katastrophal. Die Begründung, dass es sich bei den Rissen um ein Problem handele, das auf das Schmieden der Stahlringe der Behälter zurückzuführen sei, trägt nicht zur Beruhigung bei. Die belgischen Behörden haben bislang nicht dargelegt, weshalb nun keine Sicherheitsbedenken mehr bestehen sollen. Der Betreiber Electrabel, aber auch die belgische Regierung, bleiben bis heute eine Antwort schuldig. Die neuerlichen Störfälle belegen aber, dass die Mindestsicherheitsstandards der beiden Anlagen nach wie vor nicht gewährleistet sind.“

Da die Entscheidung über das Anfahren und Stilllegen der beiden Reaktorblöcke rechtlich in die ausschließliche Zuständigkeit der belgischen Behörden fällt, ist Detlef Seif MdB auf politischer Ebene aktiv. So hat er sich Ende November 2015 gemeinsam mit seinen Kollegen Helmut Brand MdB, Rudolf Henke MdB, Thomas Rachel MdB und Winfried Oellers MdB mit einem gemeinsamen Schreiben sowohl an die belgische Ministerin für Energie, Umwelt und nachhaltige Entwicklung, Marie Christine Marghem, als auch an die deutsche Bundesumweltministerin, Dr. Barbara Hendricks MdB, gewandt. Mit den Schreiben wiesen sie auf die Gefahren für die deutsche und belgische Bevölkerung hin, die sich aus dem

Wiederanfahren der beiden defekten Reaktoren ergeben, und forderten nachdrücklich deren unverzügliche Stilllegung.

Detlef Seif MdB hat auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angeschrieben und sie gebeten, sich um die sofortige Stilllegung der beiden Reaktoren zu bemühen.

Während der belgische Innenminister Jan Jambon die Kritik an der Sicherheit der beiden Meiler zurückwies und feststellte, dass die Sicherheitssysteme der Kraftwerke nach eingehender Prüfung seitens der FANC funktionierten, der weitere Betrieb der Anlagen daher kein Problem darstelle, teilte die Bundeskanzlerin mit, dass die Bundesregierung die Vorgänge in Belgien sehr ernst nehme. Man sei mit der belgischen Regierung bereits auf verschiedenen Ebenen im Gespräch und setze den Dialog auf politischer Ebene fort.

Detlef Seif MdB mahnt an, die Risse in den Reaktordruckbehältern insbesondere deshalb ernster zu nehmen, weil sie zu einer unerwarteten Brüchigkeit des Behältermaterials führen können. So sei das Risiko gegeben, dass im Falle einer störfallbedingten Kühlung der Reaktoren mit kaltem Wasser die Mantelung breche und radioaktives Wasser austrete. Ein Horrorszenario für Mensch und Natur.

„Die stümperhafte Vorgehensweise der belgischen Atomaufsichtsbehörde FANC belegt dieses Risiko“, erklärte Seif. Im Falle eines Unfalls müsse eine ausreichende Menge Kühlwasser bereitstehen, das eine Temperatur von unter zehn Grad Celsius habe. „Eine regelrecht aberwitzige Auflage der Atomaufsicht sieht indes vor, dass das Kühlwasser mittlerweile auf 40 Grad Celsius vorgeheizt wird, um ein Bersten des Reaktors zu verhindern“, so Seif. Er könne sich keinen besseren Hinweis darauf vorstellen, dass sogar die Atomaufsicht von einem entsprechenden Risiko ausgeht. Er hoffe, „dass es sich hier nicht um einen faulen Deal zwischen der Atomaufsicht, der belgischen Regierung und der Betreiberfirma handelt“.

Die Städteregion Aachen erhob Anfang Februar Klage gegen die Wiederinbetriebnahme des Reaktors Tihange 2 vor dem Council of State in Belgien (Staatsrat). Darüber hinaus prüft sie derzeit weitere rechtliche Schritte gegen Tihange 2. Das Klageverfahren erfährt großen Zuspruch seitens der regionsangehörigen Kommunen inklusive der Stadt Aachen, daneben auch bei den Kreisen Düren, Euskirchen, Heinsberg, Bitburg-Prüm, Vulkaneifel sowie den niederländischen Kommunen Gulpen-Wittem, Heerlen, Kerkrade und Maastricht.

Detlef Seif MdB begrüßt die Klage der Städteregion. Da Klageverfahren oftmals viele Jahre dauern, hat er den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, gebeten, gegenüber Belgien Auskunfts- und Beteiligungsrechte der Europäischen Kommission geltend zu machen. Bei einem nachweisbaren Verstoß gegen europarechtliche Vorschriften zum Betrieb nuklearer Anlagen muss Belgien zur sofortigen Stilllegung der Anlagen aufgefordert werden und zeitnah auch ein Vertragsverletzungsverfahren auf den Weg gebracht werden. Detlef Seif: „Die Europäische Kommission hat nach den Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAGV) die Befugnis, in gesundheitsspezifische Bereiche der Nutzung von Kernenergie einzugreifen. Es wäre im Sinne aller Betroffenen, die berechtigte Sorgen vor einem nuklearen Störfall haben, wenn Brüssel dem Spuk in Tihange und Doel ein Ende bereiten würde.“

Terrorgefahr – Was nun?



Auf der jüngsten Tagung des Arbeitskreises "Innere Sicherheit" der CDU des Kreises Euskirchen referierte der erfahrene Sicherheitsexperte Friedrich Karl Schrader auf Einladung des AK-Vorsitzenden Karlheinz Hösgen zum aktuellen Thema „Terrorgefahr“. Foto: Karlheinz Hösgen.

Die jüngste Sitzung des Arbeitskreises "Innere Sicherheit" der CDU des Kreises Euskirchen befasste sich mit dem aktuellen Thema "Terrorgefahr - Was nun?". Sicherheitsexperte Friedrich Karl Schrader (langjähriger Mitarbeiter in obersten Polizei- und Sicherheitsbehörden) berichtete von den unterschiedlichen Formen des Terrorismus, der sich in Einzel-, Gruppen-, Partei- und Staatsterrorismus untergliedern lässt. Am schwierigsten gestaltet sich die Bekämpfung des Einzelterrorismus, da hier die Sicherheitsbehörden auf Informationen aus der Bevölkerung angewiesen sind. Beim Gruppenterrorismus handelt es sich um Terrorakte von extremen Gruppenorganisationen, die sich grob in Links- und Rechtsterrorismus einordnen lassen. Beim

Parteiterrorismus versuchen unterschiedliche Parteien, vor allem im arabischen und nordafrikanischen Raum, ihre Interessen durch Terrorakte zu verstärken. Staatsterrorismus findet man unter anderem bei den so genannten „Warlords“ in Afrika.

Eine neue Form der Bedrohung sind die sogenannten „Foreign Fighters“, also Deutsche, die in Syrien und dem Irak für den IS (Islamischer Staat) kämpfen. Insgesamt handelt es sich um ca. 850 Personen, davon sind mittlerweile ca. 400 nach Deutschland zurückgekehrt, ca. 300 befinden sich noch im Kampfgebiet, weitere 150 Personen sind bei Kämpfen umgekommen. Der IS finanziert sich unter anderem durch Ölverkäufe und Spenden, treibt Steuern ein und ist an Erpressungen beteiligt.

Der Sicherheitsexperte empfahl, vor Auslandsreisen grundsätzlich die Reiseempfehlungen des Auswärtigen Amtes zu verfolgen und sich daran zu halten, außerdem müsse man auf angemessene Kleidung achten, die den Gepflogenheiten vor Ort entspricht. Bei akuten Warnungen sei den Anweisungen von Sicherheitsbehörden und Einsatzleitern Folge zu leisten. Man solle nicht in Panik verfallen und vor allem keine verdächtigen Gegenstände anfassen, sondern den Sicherheitsbehörden entsprechende Hinweise geben.

Schrader wies darauf hin, dass es für die Aufrechterhaltung der Sicherheit wichtig sei, entsprechende Kräfte bei Polizei und Sicherheitsbehörden vorzuhalten. Außerdem halte er zusätzliche Personalkräfte auf Bundes- und Landesebene für notwendig, insbesondere auch beim Verfassungsschutz. An den Vortag schloss sich eine rege Diskussion an.

Neues Zuschussprogramm zur Kriminalitätsprävention durch Einbruchssicherung



Allein im vergangenen Jahr kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu über 150.000 Wohnungseinbrüchen. Fast die Hälfte der Einbruchsversuche wird jedoch abgebrochen, wenn die Täter auf Hindernisse durch technische Schutzvorkehrungen treffen. Foto: Büro Seif.

Im Bereich der Kriminalprävention rückt zunehmend auch das Thema „Wohnungseinbrüche“ in den Fokus – angesichts der gestiegenen Einbruchszahlen dringender denn je. Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist kürzlich ein neues KfW-Förderprogramm gestartet. Allein im vergangenen Jahr kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu über 150.000 Wohnungseinbrüchen. Fast die Hälfte der Einbruchsversuche wird abgebrochen, wenn die Täter auf Hindernisse durch technische Schutzvorkehrungen treffen.

Genau hier setzt die neue KfW-Förderung an. Einen finanziellen Zuschuss gibt es nun für den Einbau oder die Nachrüstung

einbruchhemmender Haus- oder Wohnungstüren, die Nachrüstung von Fenstern, den Einbau von Einbruchs- und Überfallmeldeanlagen, den Einbau einbruchhemmender Gitter und Rollläden und für baugebundene Assistenzsysteme, wie zum Beispiel Bild- oder Gegensprechanlagen.

Die Förderung kann jeder beantragen, der in den Einbruchschutz einer bestehenden Wohnimmobilie investiert. Gefördert werden sowohl das Material als auch der fachgerechte Einbau durch Fachunternehmen. Wichtig ist, dass die Förderung vor Beginn der Umbauarbeiten beantragt wird. Der Zuschuss liegt je nach Investitionskosten zwischen mindestens 200 Euro und maximal 1.500 Euro (10 Prozent der Investitionssumme).

Die Förderung erfolgt im Rahmen des bereits bestehenden KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“, bei dem im Zuge der Einrichtung des neuen Zuschussprogramms zur Einbruchssicherung die Förderkonditionen weiter verbessert wurden. Wer Maßnahmen gegen Wohnungseinbruch mit dem altersgerechten Umbau verbindet und gleichzeitig in beides investiert, kann sogar einen Zuschuss von maximal 5.000 Euro bekommen.

Weitere Informationen und Förderdetails sind bei der KfW unter www.kfw.de/einbruchschutz abrufbar

Kinder sind keine Soldaten!



In einer Vielzahl aktueller Konflikte und Kriege gehört es zum bestürzenden Alltag, dass Minderjährige als Kindersoldaten missbraucht werden. Sie erfahren schon in jungen Jahren Unvorstellbares, werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten. Weibliche Kindersoldaten werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Hunderttausende Minderjährige werden dadurch ihrer Lebensperspektiven beraubt und stattdessen sinnlos zum Dienst an der Waffe gezwungen oder verführt. Mit großem Erfolg macht die Kinderkommission des Deutschen Bundestages jährlich im Rahmen der „Aktion Rote Hand“ auf diese massiven Kinderrechtsverletzungen aufmerksam und setzt sich mit zahlreichen Initiativen gegen die Missstände ein. Auch in diesem Jahr waren alle Abgeordneten wieder aufgerufen, gegen diese schrecklichen Formen des Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen ein Zeichen zu setzen: Kinder sind keine Soldaten!

Die gesammelten roten Handabdrücke werden der UN-Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Leila Zerrougui, als Signal des Deutschen Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten überreicht. Aufmerksam gemacht durch die Aktionen haben in den vergangenen Jahren viele Verbände, Vereine und vor allem Schulen ihre gesammelten Hände mit den Appellen an die Kinderkommission geschickt, so dass am Ende tausende rote Handabdrücke zusammenkamen.

Auch der Bundestagsabgeordnete Detlef Seif hat sich in diesem Jahr wieder am Aktionstag beteiligt.

Frischer Wind und junge Politik von Bedburg bis Wesseling

Ein Portrait der Jungen Union Rhein-Erft



Termin bei Radio Erft mit dem JU-Kreisvorsitzenden, André Hess (3.v.r.), und der JU-Bezirksvorsitzenden und frisch gekürten Landtagswahlkandidatin, Romina Plonsker (4.v.l.). Foto: JU Rhein-Erft.

Die Junge Union Rhein-Erft (JU) ist die Jugendorganisation der CDU im gleichnamigen Kreisgebiet. Mit über 1.500 Mitgliedern im Alter von 14 bis 35 Jahren in den zehn Städten des Rhein-Erft-Kreises ist die JU zahlenmäßig auch einer der größten JU-Verbände in NRW.

In der politischen Arbeit stehen insbesondere Themen für die jüngere Generation im Vordergrund: Bildung, ÖPNV, generationengerechte Finanzpolitik, Klimawandel, Wirtschaftsförderung mit Blick auf Arbeits- und Ausbildungsplätze und vieles mehr. Die starke Rolle der Jungen Union innerhalb der eigenen Partei wie

auch auf dem kreisweiten, politischen Parkett kann schnell verdeutlicht werden: Sowohl im Kreistag als auch in den Stadträten der zehn Kommunen sind viele JU´ler vertreten und halten „junge“ Themen im Blick.

Perspektivisch strebt die JU eine Beteiligung mit Personal aus den eigenen Reihen bei der Landtagswahl 2017 an. Auf der jüngsten CDU-Mitgliederversammlung wurde die 27-jährige Bezirksvorsitzende der JU Mittelrhein, Romina Plonsker, mit einem sehr guten Ergebnis im ersten Wahlgang zur Kandidatin für den Landtagswahlkreis 5, Rhein-Erft-Kreis I, gewählt.

„Uns ist es wichtig, aktuelle Themen direkt von der jungen Generation zu erfahren. Selbstverständlich verlieren wir dabei die gesunde Balance zwischen Spaß und Politik nicht aus dem Auge. Der heterogene Kreis mit sowohl dörflichen als auch sehr städtischen Strukturen ist dabei besonders spannend“, umschreibt André Hess, der seit 2014 Kreisvorsitzender der Jungen Union ist und früher Mitarbeiter im Regionalbüro des Weilerswister Bundestagsabgeordneten Detlef Seif war, die alltägliche Arbeit. Aktionen vor Ort, wie Informationsveranstaltungen mit interessanten Rednern oder Besuche verschiedener Einrichtungen und Institutionen, wie beispielsweise bei Radio Erft oder im Hochbegabtenzentrum Rheinland, aber auch eine intensive Kommunikation über Social Media-Kanäle wie Facebook und Twitter, auf denen sich die JU Rhein-Erft immer über neue Follower freut, sind dabei zentrale Bestandteile.

„Interesse und Bewusstsein für Themen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu wecken, die uns alle berühren, soll Politik auch jungen Menschen näher bringen“, erläutert Robert Wassenberg, Geschäftsführer im Kreisvorstand der JU. Bei sinkender Wahlbeteiligung ist dies ein wichtiges Anliegen, um Politikverdrossenheit zu bekämpfen.

Dabei wird in enger Zusammenarbeit mit den Stadtverbänden in den zehn Städten des Kreises auch ein kreisweites Konzept betrieben. Interkommunale Projekte, Synergieeffekte sowie überregionale Themen, wie zum Beispiel in Zusammenarbeit mit den JU-Kreisverbänden Euskirchen und Düren, dienen somit für einen modernen und zeitgemäßen Ansatz in der politischen Arbeit. Der Erfolg kann sich dabei durchaus sehen lassen: Mehrfach wurde die Junge Union Rhein-Erft in den vergangenen Jahren für die meisten Mitgliederzugänge in einem Kreisverband in ganz Nordrhein-Westfalen geehrt. Durch die starken Mitgliederzahlen ist auch für die Zukunft eine solide Basis für „junge Politik“ zwischen Rhein und Erft gesichert!

Detlef Seif ist Ehrenbürger von Nebraska



Detlef Seif auf dem Podium an der Howard University in Washington D.C. Foto: Büro Seif.

Berlin. Da staunten die fünf Teilnehmer einer Bundestagsdelegation in die USA nicht schlecht: Alle Mitglieder der Delegation, darunter der hiesige Bundestagsabgeordnete Detlef Seif (CDU), erhielten aus der Hand von John A. Gale, einem Minister des US-Bundesstaates Nebraska, eine Urkunde über die Verleihung der Ehrenbürgerrechte des Bundesstaates überreicht.

Hintergrund der sechstägigen Delegationsreise unter der Leitung von Peer Steinbrück (SPD) ist die Förderung der Beziehungen zwischen den USA und

der Bundesrepublik Deutschland auf parlamentarischer Ebene. Schwerpunkte der sechstägigen Delegationsreise waren wirtschaftspolitische und sicherheitspolitische Themen. Die amerikanischen Gesprächspartner interessierten sich auch besonders für Fragestellungen zur Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland.

Detlef Seif, der im EU-Ausschuss des Deutschen Bundestages für Asyl- und Migrationspolitik zuständig ist, konnte zudem auf dem Podium an einer Podiumsdiskussion an der Howard University in Washington D.C. teilnehmen. Gemeinsam mit Stephan Mayer, dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stand Detlef Seif den überwiegend afro-amerikanischen Lehrkräften und Studenten für eine intensive Diskussion zum Thema „Massenmigration und Flüchtlingskrise in Europa“ zur Verfügung.

Detlef Seif: „Der Besuch des US-Strategiekommandos in Omaha / Nebraska und der Informationsaustausch über Cyber-Sicherheit mit General Stephen W. Wilson war für mich von besonderer Bedeutung, zumal sich mit dem IT-Zentrum bei der Bundeswehr in Euskirchen eine Einheit befindet, die sich exakt mit den gleichen Fragestellungen befasst.“

Impressum: Detlef Seif, Bischofstraße 21, 53879 Euskirchen, Tel. 0 22 51/774 04 74